

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.03.2012**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Hildebrandt	CDU	
Herr Lothar Dieringer	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	ab 17:25
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	ab 17:25
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Christian Feigl	SKE	bis 19:00
Herr Ingo Kautz	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Rainer Köhne	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	
Frau Wolff	MitBÜRGER für Halle	

Entschuldigt fehlen:

Herr Michael Sprung	CDU
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Claudia Cappeller	SKE
Herr Dieter Schika	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Richtlinie zur Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10253
 - 4.2. Einbringung doppischer Haushalt 2012
Vorlage: V/2011/10306
 - 4.3. Baubeschluss Umgestaltung Schulstraße/Barfüßerstraße
Vorlage: V/2011/10341
 - 4.4. Stadtbahnprogramm Halle ´25 Stufenbeschluss zur Stufe 1
Vorlage: V/2012/10404
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Informationen aus dem Dezernat II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Als TOP 5.1 wird der Antrag der Stadträtin Sabine Wolff zur Erstellung einer Fußwegekonzeption aufgenommen.

TOP 4.3 wird nicht behandelt.

Die Informationsvorlage zur Schließung der Stadtgärtnerei fällt unter Mitteilungen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift vom 14.02.2012 wird am 10.04.2012 beraten.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Richtlinie zur Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/10253

Herr Lehmann sah einen Widerspruch im Punkt 3.1 der Vorlage, wonach einerseits in der Altstadt Fahrradbügel aus Edelstahl zum Einsatz kommen sollen, diese Prämisse aber andererseits nicht für Sonderbereiche wie den Marktplatz gelte. Er bat um eine diesbezügliche Aufklärung. Des Weiteren fragte Herr Lehmann zu Punkt 3.4, ob die vorhandenen mobilen Fahrradständer an Geschäften stehen bleiben dürfen oder ob der empfohlene Standertyp zu einer Sollpflicht wird.

Herr Möbius erklärte dazu, dass der Marktplatz gestalterisch eine Sondererstellung hat, weswegen hier bei der Umgestaltung ein anderer Standertyp zum Einsatz gekommen ist. Für den Fall, dass noch weitere Fahrradbügel auf dem Marktplatz errichtet werden sollen, ist vorgesehen, diesen marktplatztypischen Bügel weiter zu verwenden. Hinsichtlich der mobilen Ständer vor Geschäften machte Herr Möbius deutlich, dass die Empfehlung aus Gründen des Bestandschutzes nur für neue Fahrradständer gilt.

Herr Lehman fragte, wie die Praxis bei Open-Air-Veranstaltungen aussehen soll und wer für das Aufstellen der Fahrradständer verantwortlich ist.

Herr Möbius antwortete, dass es bei den jeweiligen Veranstaltungen darauf ankommt, wer diese organisiert. Sofern es eine Veranstaltung der Stadt ist, greift die Selbstbindung der Richtlinie. Für private Veranstalter ist die Richtlinie eine Empfehlung.

Herr Felke bemerkte, dass nach einem Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2009, bis zum Jahr 2014 1000 neue Fahrradbügel errichtet werden sollen. Da die Hälfte der Zeit mittlerweile vergangen ist, fragt er an, wie viel Bügel seitdem errichtet wurden. Im übrigen sollte die Richtlinie nur im Internet veröffentlicht werden, so können die Kosten für das Faltblatt eingespart werden.

Herr Möbius sagte, dass die Richtlinie selbstverständlich im Internet veröffentlicht werden soll, die Faltblätter aber auch notwendig sind, um sie Bauherren als Empfehlung mitgeben zu können. Eine solche Maßnahme verspräche mehr Wirkung als ein bloßer Verweis auf eine

Internetseite. Zur Frage der Anzahl der errichteten Fahrradbügel sagte Herr Möbius eine schriftliche Mitteilung zu.

Herr Dieringer fragte, ob bei der Aufstellung von Fahrradständern Handwerksbetriebe aus Halle beteiligt waren.

Herr Stäglin sagte eine entsprechende schriftliche Information zu.

Frau Wolff fragte nach, was mit nicht genutzten Fahrradständern wie z. B. am Hansering passieren soll.

Herr Stäglin antwortete, dass nicht geplant ist, Fahrradständer zu entfernen. Auch für augenscheinlich wenig genutzte Fahrradständer wie z. B. am Hansering gäbe es gute Gründe, sie in voller Anzahl zu belassen (z. B. aufgrund von Bedarf bei Veranstaltungen wie dem Mitteldeutschen Marathon).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt die von der Verwaltung vorgelegte Richtlinie zum Bau von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale).
2. Bei städtischen Baumaßnahmen sowohl im öffentlichen Raum als auch bei städtischen Einrichtungen (Schulen, Kitas usw.) ist die Richtlinie bzgl. Gestaltung und Anzahl anzuwenden. Darüber hinaus wirkt die Stadt darauf hin, dass die Richtlinie auch bei Baumaßnahmen städtischer Unternehmen angewandt wird.
3. Die Richtlinie soll auch als Empfehlung für private Bauherren dienen. Aus diesem Grund ist die Richtlinie in geeigneter Weise in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Darüber hinaus ist bei Bauanträgen (mit Ausnahme von Ein- und Zweifamilienhäusern) auf die Richtlinie hinzuweisen. Die Anlage 3 (Hallesche Richtzahlenliste für Fahrradabstellplätze) ist zu beachten.

zu 4.2 Einbringung doppischer Haushalt 2012 Vorlage: V/2011/10306

Herr Stäglin führte in die Thematik ein und erklärte, dass die einzelnen Einsparvorschläge durch einzelne Vorlagen ergänzt wurden. Der Haushalt ist knapp kalkuliert, das Limit ist erreicht, weiter können die Zahlen nicht runter gehen.

Frau Wolff fragte nach dem Winterdienst, da sind keine Einnahmen verbucht und die HAVAG nicht als Transferleistung ausgewiesen.

Herr Heinz erklärte, dass für den WD nur Ausgaben anfallen

Herr Stäglin sagte, dass Eigenleistungen zwischen Stadt und Stadt, Eigenleistungen und keine Transferausgaben sind.

Herr Felke fragte, wie weit die Erfassung der Schäden aus dem letzten Winter ist und nach der Unterhaltung der Beschilderung und den Schäden durch Vandalismus an den Verkehrsschildern (z. B. Beseitigung von Aufklebern). Bei der Finanzposition Unterhaltung der Beschilderung sollen 150.000 Euro gestrichen werden.

Beim Stadtwald ist der Ansatz der Gelder nicht ausreichend.

Herr Stäglin sagte, dass die Erfassung der Winterschäden noch nicht abgeschlossen ist. Als größter Posten auf der Streichliste war dem Dezernat durch die Schließung der Stadtgärtnerei ein Betrag von 600.000 € zugeordnet. Hier waren mangels eines solch hohen Ansatzes alternative Einsparvorschläge vorzulegen.

Die Notwendigkeit einer sparsamen Haushaltsansatzbindung reduziert hier den Spielraum. Es muss somit bei Tiefbau- und Grünunterhaltung sowie bei der Unterhaltung der Beschilderung gekürzt werden.

Herr Lander sagte, dass von den in der Streichliste benannten 40.000 Euro beim Stadtwald noch 35.000 Euro offen sind, die alternativ durch Reduzierungen im Unterhaltungsbereich bei den öffentlichen Grünflächen vorgeschlagen werden.

Herr Felke fragte, wie die Zahlen auf Seite 751 zu deuten sind und ob sie sich auf 2012 oder 2011 beziehen?

Herr Lander verneinte dies, die Zahlen auf Seite 751 beziehen sich auf den Zuschuss in Euro für das Jahr 2011.

Herr Sänger betonte, dass die nachgereichte Streichliste hier das Thema sein sollte.

Frau Wolf fragte nach Kürzung bei den Umweltverbänden.

Herr Sänger verwies in den Umweltausschuss.

Herr Felke fragte, ob es für die Unterhaltung der Straßen eine grobe Schätzung der Winterschäden gibt. Interessant wäre der Gesamtschaden.

Herr Heinz sprach von Notgeschäftsverwaltung.

Herr Lehman gab zu bedenken, dass eine offene Summe von 1 Mio. im Haushaltsplanentwurf eine 2%ige Einkommenssteigerung vorsieht. Wenn man den Personalaufwand in Dezernat II sieht, fehlt die eine Mio. gleich wieder (Tariferhöhung)

Herr Stäglin sagte, dass 1,5 % Tariferhöhung einkalkuliert sind und es trifft nicht nur Dezernat II sondern alle Dezernate und verwies in dem Zusammenhang in den Finanzausschuss. Die Unterhaltungstitel können nicht weiter nach unten gefahren werden.

Herr Sänger betonte, dass das heute auch nicht Thema ist.

Herr Lander beantwortete die Frage von Herrn Felke so, dass die Übersichten für jedes Fachamt der Versuch einer Gegenüberstellung von kameralistischer zu doppischer Haushaltsplanung ist. Dabei kann die 1:1 Abbildung eines kameralistischen Unterabschnittes auf ein Produkt z.B. das Produkt Wald, Jagd, Forst und Landwirtschaft nicht gelingen, da sich die meisten Produkte aus Teilen von Unterabschnitten zusammensetzen. In den Produkten sind regelmäßig Umlagen enthalten, die in nicht allen Unterabschnitten veranschlagt waren.

Herr Feigl würde Vergleichswerte hilfreich finden.

Herr Lander sagte, dass es das im nächsten Jahr geben wird.

Herr Stäglin sagte, dass die Überleitungslisten vom Dezernat für Finanzen und Personal kommen, aus denen man erkennen kann, was kameral (alt) und jetzt doppisch (neu) ist.

Frau Klein beantragte nachvollziehbare Listen anhand des Beispiels Stadtwald.

Herr Sieber konnte sich nicht für Doppik begeistern und findet einen Antrag an die Stadtverwaltung auf nochmaliges Überarbeiten der Listen nicht sinnvoll.

Herr Dieringer fragte nach den Gutachterkosten, die laut Streichliste mit 400.000 € aufgelistet sind. Ist es denkbar, diese aufzusplitten oder dort 100.000 Euro zu kürzen und diese für den Straßenbau zu nutzen?

Herr Stäglin sieht kein weiteres Kürzungspotential, z. B. für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept werden die Gutachterkosten gebraucht.

Herr Felke erhob Anspruch auf eine transparente Haushaltsplanung. Auch er stellte Differenzen fest und fordert nachvollziehbare Listen.

Frau Klein wollte keine Erklärung im Planungsausschuss, sondern in Ruhe zu Hause prüfen, wie man auf die Zahlen kommt. Sie vermutet eine wahllose Streichung. Die Streichliste für Stadtgärtnerei erscheint ihr unklar.

Aus welchem Grund welche Summe gestrichen wurde, sollte transparent sein.

Herr Stäglin antwortete, dass die Ansätze sparsam angemeldet wurden. Die 1.321.900 Euro von der Streichliste ist die gesamte Dezernat betreffende Gesamtsumme.

Herr Lehmann sagte, dass die Liste am 14.12.2011 im Stadtrat verteilt wurde.

Herr Hildebrandt fragte das Stadtplanungsamt, ob das Förderprogramm EXWOST gestrichen werden soll oder ob das beendet ist.

Herr Golnik sagte, dass es 2 EXWOST-Projekte gibt. 1. Glaucha ist beendet. 2. Innerstädtische Hauptstraßen laufen weiter.

Herr Dr. Köck fragte, nach der Unterhaltung der Brücken und Unterführungen. Wie verhält es sich mit Sonderprojekten?

Frau Ströhl sagte, dass die Unterhaltungskosten anteilig in den Produkten Gemeindestraßen, Kreisstraßen, Bundes und Landesstraßen zu finden sind und sich die Mietkosten im Rahmen des Produktes Gemeindestraßen zum Beispiel auf Lagerflächen für Baumaterialien bezieht.

Bei den Erträgen der Stabsstelle Bauverwaltung mit dem Produkt Sonderprojekte handelt es sich um Gestattungsentgelte für die Werbeeinnahmen der Firma Ströer.

Herr Felke fragte wie die Verwaltung zu den Ansätzen 2012 kommt? Die Herleitung zu den Ansätzen sollen detailliert aufgelistet werden. Von welchem Ansatz ausgehend wird gestrichen?

Herr Sänger stellte fest, dass die Anfrage unabhängig von der Abstimmung ist. Es wurde über die Haushaltsansätze 2012, die Streichliste und die Prioritätenliste der Ämter und der Stabsstelle Bauverwaltung im Zuständigkeitsbereiches des Dezernates II Planen und Bauen mit Ausnahme des Umweltamtes (Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 3

Enthaltungen 6

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.
Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

zu 4.3 Baubeschluss Umgestaltung Schulstraße/Barfüßerstraße Vorlage: V/2011/10341

zurückgestellt

zu 4.4 Stadtbahnprogramm Halle ´25 Stufenbeschluss zur Stufe 1 Vorlage: V/2012/10404

Herr Stäglin erläutert die Vorgehensweise des Stufenprogrammes.

Von der FDP-Fraktion wird ein Blatt mit mündlichen Anfragen dazu überreicht.

Diese Anfragen wurden von **Herrn Otto** mündlich beantwortet und werden dem Protokoll in schriftlicher Form beigefügt.

Herr Felke bezog sich auf eine Veranstaltung zum Nahverkehrsplan, die am 7.3.12 stattfand. Park and Ride entlang der Linie 1 ist aus seiner Sicht problematisch. An der Grundschule Frohe Zukunft werden Sicherheitsprobleme befürchtet. In der Südstadt endet die Linie 1 in der Veszpremer Straße; wie erfolgt der Umstieg auf die S-Bahn? Das sollte detaillierter dargestellt werden.

Herr Möbius sagte, dass die Planung noch nicht begonnen hat. Für die Frohe Zukunft und die anderen Einzelvorhaben ist die Vorplanung abzuwarten. Die Ergebnisse der Planung werden dann zum Gestaltungsbeschluss vorgelegt. Die kritischen Einschätzungen zum Park and Ride wären richtig. In der Frohen Zukunft ist kein Park and Ride ausgedacht. Es wird

aber trotzdem praktiziert. Daher sollte ein kleines Angebot geschaffen werden. Eine Verlängerung der Straßenbahnschleife mit anschließendem Park and Ride ist heute nicht mehr sinnvoll. Im Bereich Südstadt wird es eine Haltestelle mit Anbindung zur S-Bahn geben.

Herr Dr. Köck fragte nach dem Zwischenstand der weiteren Planung am Steintor.

Herr Möbius sagte, dass die Vorplanung begonnen hat und Ende 2012 eine Beschlussvorlage zu erwarten ist.

Herr Prof. Krause informierte, dass man den Grundsatzbeschluss für alle Maßnahmen, die in Betracht kommen, nutzen soll. Die Stadtwerke geben der Stufe 1 grünes Licht. Der Aufsichtsrat hat zugestimmt. In dem Zusammenhang wird der Kreuzungsbereich angefasst, damit später die Straßen unabhängig davon bearbeitet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 9

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die dargestellten Einzelvorhaben als Bestandteil der Stufe 1 des Stadtbahnprogramms.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239

Frau Wolff erläuterte ergänzend zu Ihrem Antrag, dass es eine Reihe von Städten gäbe, die eine solche Fußwegekonzeption hätten und auch die Stadt Halle eine solche Konzeption benötigen würde.

Herr Stäglich bemerkte hierzu, dass der Fußgängerverkehr Thema der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklungsplan 2025 sei. Es sollte daher abgewartet werden, zu welchem Ergebnis man in diesem Arbeitskreis kommen würde.

Frau Wolff nahm den Vorschlag an und entscheidet je nach Ergebnis, ob sie den Antrag wieder aufnimmt.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Fußwegekonzeption zu erstellen und dem Stadtrat bis Juni 2012 vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Informationen aus dem Dezernat II

Herr Stäglin informierte über:

- die Schließung der Stadtgärtnerei
- notwendiger Kronenrückschnitt an Bäumen an den Pulverweiden
- Baumaßnahmen an der Helmut-Just-Straße/Kloppstockstraße
- über Maßnahmen zur Städtebauförderung

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Dr. Köck fragte nach den Rodungen an der Saaleaue. Wurden wegen der Fernwärmeleitung die Fällungen genehmigt?

Herr Rost sagte, dass eine Fernwärmeleitung vorhanden ist und die Wurzeln der Bäume durch die Wärme beschädigt wurden. Der Kollektor soll saniert werden. Der Fernwärmebetreiber pflanzt neue Bäume.

Herr Dr. Köck vertrat die Meinung, dass solche Maßnahmen langfristig vorher anzukündigen sind. In Passendorf wurde eine 3-stämmige Trauerweide gefällt, wo jetzt nur noch der Stubben dasteht und keine Krankheit erkennbar ist.

Herr Rost sagte, dass der Stubben im Nachgang bearbeitet wird. Die Schäden lagen in der Wurzel und sind nicht am Stamm bzw. am Stubben erkennbar. Er machte mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass das Grünflächenamt nicht unterwegs ist, um Bäume (Grün) zu vernichten, sondern um Schaden abzuwenden.

Herr Stäglin antwortete, dass Fällungen nicht immer mit langem Vorlauf ankündbar sind.

Herr Hildebrandt fragte, wann die Abbrucharbeiten in der Reilstraße beräumt werden.

Herr Stäglin antwortete, dass er keinen Sachstand dazu hat. Die Frage wird schriftlich von der Stadtverwaltung beantwortet.

Herr Feigl fragte nach dem Parken auf dem Marktplatz. Eine Gesprächsrunde zwischen der Verwaltung und den Händlern wäre sinnvoll.

Herr Stäglin sagte, dass nicht jede Mitteilung aus der Zeitung kommentiert werden muss. Der Einzelhandel in der Innenstadt muss verbessert werden. An der Entwicklung von Ideen und Umsetzungsvorschlägen wird gearbeitet.

Frau Schlüter-Gerboth fragte nach dem Sinn eines neuen Brunnens, der am Domplatz errichtet werden soll, wenn so viele andere Brunnen abgeschaltet werden sollen?

Herr Sänger sagte, dass dieser Brunnen nicht neu und ein Geschenk ist.

Herr Stäglin sagte, dass die Stadt durch den Brunnen finanziell nicht belastet wird.

zu 9 Anregungen

Herr Sieber bezog sich auf die Beantwortung seiner Anfrage vom letzten Planungsausschuss zum Bahnübergang in Nietleben. Kann man die Straßenbreite etwas schmaler markieren, damit der Fußweg breiter wird?

Tischvorlagen und andere Unterlagen, die im Planungsausschuss verteilt werden, sollen in Session gestellt werden. Pläne sollten als Datei an die Fraktionen geschickt werden. Die Verwaltung nimmt dies mit.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.12

Frau Schönberg
Protokollführerin

Herr Stäglin
Beigeordneter

Herr Sänger
Vorsitzender